

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org]
 Gesendet: Donnerstag, 10. Juni 2010 17:24
 An: harald.bluemel@hilfswerk.at; walter.sturm@akooe.at; presse.klub@oevp-wien.at; wolfgang.hassler@wien.gv.at; cecile.kochwalter@wien.gv.at; markierungen@landesmuseum.at
 Betreff: Sammelmeldung 10.06.2010
 Anlagen: Einladung Markierungen 20100610.pdf

Plattform EduCare

elementare und außerschulische Bildung

Informationsdienst

<http://www.Plattform-EduCare.org>

informationsdienst@Plattform-EduCare.org

<http://www.facebook.com/pages/Wien-Austria/Elementarpadagogik/177989085992?ref=sgm>

SAMMELMELDUNG

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 10.06.2010 17:23:47

MEINUNG

[SPÖ-Bundesfrauenkonferenz \(4\): Heinisch-Hosek \(2\) - Kennen unsere Männer - müssen ihnen jetzt auf die Füße treten](#)

[Othmar Karas zum Tag des Hilfswerks: Job-Motor läuft auf Hochtouren!](#)

[Bischof Schwarz und AK-Präsident Kalliauer unterzeichnen gemeinsam ein "Manifest für Gerechtigkeit"](#)

TOP-THEMA

[ÖVP-Wissenschaftsministerin Karl in NEWS: "Ich will nicht nur abnicken", Karl zur Kritik aus der eigenen Partei an ihren Schulplänen: "In der Politik muss man Gegenwind aushalten."](#)

[Wirtschaft und Industrie kämpfen für Gesamtschule](#)

[Bundeskanzler Faymann: An der Qualität der Bildung darf auch in der Krise ...](#)

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN

[PH-Online](#)

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN (OHNE PH'EN)

[Übersicht](#)

BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK

[Übersicht BAKIP's](#)

[Übersicht Aus- & Fortbildung an BAKIP's](#)

BM:UKK / BMWF

[BM:UKK-Homepage](#)

[BMWF Homepage](#)

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

[Gesetze Bundesländer](#)

[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

ÖBERÖSTERREICH

[Meldungen:](#)

[Klubobmann Mag. Steinkellner: Werden Bundesmittel für Kinderbetreuung ausgeschöpft?](#)

WIEN

[Meldungen:](#)

[VP-Riha: 8.000 Kindergartenplätze fehlen in Wien, SPÖ schweigt dazu!](#)

[Brauner präsentiert Rechnungsabschluss 2009](#)

ELEMENTARPÄDAGOGIK

[Fördermöglichkeiten](#)

[Zukunftsfähigkeit im Kindergarten vermitteln: Kinder stärken, nachhaltige Entwicklung fördern](#)

[Kinder brauchen Männer](#)

[Beispiele für gute Praxis in der frühkindlichen Bildung zur nachhaltigen Entwicklung gesucht](#)

MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION

[Österreichs Schüler mit lauen Leistungen](#)

[Volksschule: Standort entscheidet über Zukunft](#)

[Studie: Hoher Migrantenanteil hemmt Leistung nicht](#)

[APA-OTS News: TIMSS - Schülerleistungen in der Volksschule ...](#)

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

[Übersicht](#)
[Inskription](#)

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße Pädagogik - Veranstaltungen und Events](#)

[WIR gemeinsam im Kindergarten>](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

MEINUNG

SPÖ-Bundesfrauenkonferenz (4): Heinisch-Hosek (2) - Kennen unsere Männer - müssen ihnen jetzt auf die Füße treten

Utl.: "Frauenquote im Parteistatut verpflichtend verankern" =

Vösendorf (OTS/SK) - In ihrer Rede bei der SPÖ-Bundesfrauenkonferenz betonte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, sie sei sehr skeptisch, ob die automatische gemeinsame Obsorge der richtige Weg sei. "Zweien, die sich bei der Trennung bis aufs Blut streiten, staatlich zu verordnen, dass sie sich gemeinsam um das Kind kümmern müssen - ich glaube nicht, dass das dem Kindeswohl entspricht." Auch den Antrag, die im Parteistatut verankerte Frauen-Quote endlich verpflichtend zu machen, sprach die SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende an und meinte: "Wir lieben unsere Männer in der Partei und wir kennen sie sehr genau - daher müssen wir ihnen jetzt auf die Füße treten." ****

Heinisch-Hosek erneuerte ihre Kritik, dass es zu wenige Frauen in Spitzenpositionen gebe. Es brauche daher eine Quotenregelung in Aufsichtsräten - das sei auch wirtschaftlich sinnvoll. "Das ist gut fürs Geschäft", verweist Heinisch-Hosek auf die deutsche Telekom, wo dies bereits gehandhabt wird und sich das Unternehmen handfeste wirtschaftliche Vorteile erwarde. "Ich stoße hier leider in der ÖVP auf großen Widerstand. Ich glaube, hier müssen wir den Druck weiter erhöhen - es wird Zeit, dass bei einer 90-prozentigen Männerquote in Aufsichtsräten der eine oder andere Mann den Sessel räumt und Platz macht. Denn dass Frauen nur dann in Spitzenpositionen kommen, wenn es den Männern in den Kram passt, das werden wir uns nicht mehr gefallen lassen."

Zwtl.: Zusammenleben hat sich verändert

Heinisch-Hosek verwies darauf, dass sich das Zusammenleben sowohl von Männern und Frauen als auch das von gleichgeschlechtlichen Paaren verändert habe. Ein wichtiger Schritt sei die Eingetragene Partnerschaft. Hier wünscht sich die Frauenministerin weitere Schritte wie die Möglichkeit der Adoption oder eine würdige Zeremonie am Standesamt.

Auch bei heterosexuellen Partnerschaften habe sich viel geändert: "Man kann nicht so tun, als wäre Mutter, Vater, Kind die einzige Lebensform, die es gibt - man braucht hier Antworten auf diese großen Herausforderungen. Das werden wir in der SPÖ angehen."

Im Falle von Trennungen und Scheidungen würden sich Väter sehr oft als Opfer darstellen. Es werde in den Diskussionen zu viel über die Väter und zu wenig über die Frauen und Kinder geredet. "Es gibt auch Väter, die ihre Kinder oft lange nicht sehen dürfen. Aber es gibt mehr Väter, die holen ihre Kinder, die auf sie warten, nicht ab."

Zum Thema Gewalt in der Familie betonte Heinisch-Hosek, es sei Zeit, dass Richterinnen und Richter Weiterbildungsmaßnahmen in Anspruch nehmen würden. Auch könne sich die Frauenministerin eine Frist vorstellen, innerhalb derer richterlich zu entscheiden wäre, wie es im jeweiligen Fall künftig mit Unterhalt, Obsorge etc. aussieht.

Zwtl.: Investitionen in Kinderbetreuung lohnen sich

Die Frauenministerin will mehr Werbung für das einkommensabhängige Kindergeld machen. Es sei ganz einfach noch ein Tabuthema, dass Männer in Babypause gehen - auch an der Information mangle es. Trotzdem sei das einkommensabhängige Kindergeld das "Zukunftsmodell", jetzt gelte es, "am Gas" zu bleiben und Kinderbetreuungsplätze zu schaffen. Denn Investitionen in die Kinderbetreuung lohnen sich, es kurble auch die Wirtschaft an. "Wir haben in den beiden letzten Jahren 17.000 neue Kinderbetreuungsplätze und 6.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das ist ein großer Erfolg, den wir jetzt fortsetzen müssen." Darum greife sie auch die Idee des WIFO auf,

wonach man das Geld für den Alleinverdienerabsetzbetrag für diejenigen, die keine Kinder betreuen, für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen umschichten könnte. Mit diesen 60 Millionen Euro könnte bis zum Ende der Legislaturperiode der Ausbau der Kinderbetreuung weiter finanziert werden.

Utl.: Wichtig, sich in den Zukunftsbereichen aus- und weiterzubilden

Wichtig sei es, Mädchen zu ermuntern, nicht nur Frisörin, Verkäuferin und Sekretärin zu werden, sondern sich für Zukunftsberufe zu interessieren. Frauen sollen ein breites Weiterbildungsangebot annehmen und vor allem qualifizierte Ausbildungen wählen. Bei Betrachtung der Arbeitszeit gelte es, eine Balance zu schaffen: Auf der einen Seite Überstunden und auf der anderen Seite Teilzeitjobs zu reduzieren.

Zwtl.: Hausarbeit - noch immer nicht Halbe/Halbe!

Zu den Themen Kinderbetreuung und Hausarbeit betonte Heinisch-Hosek, dass Männer hier noch genauso wenig wie vor 15 Jahren aktiv wären - und allenfalls helfend tätig sind. Die Frauenministerin verweist aber auf eine Studie, wonach Halbe/Halbe daheim Beziehungen stabiler hält. "Hausarbeit der Männer fördert also die Beziehung."

Kurz ging Heinisch-Hosek auch auf das SPÖ-Zukunftsprojekt "Österreich 2020" ein, das nach ihrer Einschätzung auch einen guten Beitrag dazu leisten wird, "dass wir mit vielen Menschen die nächsten Schritte setzen und in die Zukunft schauen können - und junge Menschen motivieren, dass sie unsere Inhalte mittragen und einen Teil und unseres Weges mitgehen." Abschließend betonte Heinisch-Hosek: Ich bin stolz, dass ich gemeinsam mit euch, liebe Genossinnen und Genossen, viele wichtige Schritte in der Frauenpolitik im letzten Jahr setzen konnte." (Schluss) up

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien
Tel.: 01/53427-275
<http://www.spoe.at/impressum>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/195/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Othmar Karas zum Tag des Hilfswerks: Job-Motor läuft auf Hochtouren!

Utl.: Fast 200 neue Arbeitsplätze geschaffen, laufend 300 offene Stellen =

Wien (OTS) - "Das Hilfswerk hat 2009 trotz Wirtschaftskrise weitere 195 Arbeitsplätze geschaffen. Der Job-Motor läuft auf Hochtouren!", freut sich Hilfswerk-Präsident Othmar Karas angesichts der erfreulichen Zahlen, die die Hilfswerk Landesverbände, Hilfswerk Austria International und die Hilfswerk Bundesgeschäftsstelle, heute, Donnerstag, bekannt gegeben haben.

Auch für die Zukunft ist das Hilfswerk auf Wachstum eingestellt. "Der Bedarf der Familien nach professioneller Pflege und Kinderbetreuung steigt stetig. Unsicherheit besteht allerdings angesichts der angekündigten Sparprogramme von Bund, Ländern und Gemeinden.", so Karas weiter.

"Wir fordern die öffentlichen Haushalte daher auf, gerade bei der Pflege und Kinderbetreuung nicht auf die Bremse zu steigen. Denn die Menschen brauchen die Unterstützung, und es werden wertvolle Jobs geschaffen!", so Karas abschließend.

Morgen, Freitag, ist der bundesweite "Tag des Hilfswerks", mit Informationsveranstaltungen und Festen in vielen Einrichtungen. Weitere Informationen: www.hilfswerk.at. Alle offenen Stellen des Hilfswerks sind unter www.hilfswerk.at/jobs gelistet.

Das Hilfswerk Österreich ist mit seinen Landesverbänden und dem Hilfswerk Austria International einer der größten Anbieter sozialer Dienstleistungen in Österreich. In den Bereichen Mobile Pflege und Kinderbetreuung durch Tagesmütter ist das Hilfswerk die größte Organisation in Österreich. Es unterstützt regelmäßig 30.000 alte und kranke Menschen durch professionelle Hilfe und Pflege daheim. Mehr als 15.000 Kinder werden von Tagesmüttern und -vätern oder in Kinderbetreuungseinrichtungen des Hilfswerks betreut. Hilfswerk Austria International hilft weltweit den zivilen Opfern von Kriegen und Umweltkatastrophen und leistet wertvolle Entwicklungszusammenarbeit. Das Hilfswerk hat 6.659 angestellte MitarbeiterInnen und weitere 20.000 freiwillige und ehrenamtliche MitarbeiterInnen. Die Gesamtleistung des Hilfswerks (Umsatz) beträgt 207 Millionen Euro.

Rückfragehinweis:

Hilfswerk Österreich, Bundesgeschäftsstelle
Mag. Harald Blümel

Tel.: 01 / 40442 - 12, Mobil: 0676 / 8787 60203
<mailto:harald.bluemel@hilfswerk.at>
www.hilfswerk.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/403/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Bischof Schwarz und AK-Präsident Kalliauer unterzeichnen gemeinsam ein "Manifest für Gerechtigkeit"

Linzer (OTS) - In einer öffentlichen Aktion am Linzer Taubenmarkt präsentierten heute der Linzer Diözesanbischof Ludwig Schwarz sowie der AK-Präsident und ÖGB-Landesvorsitzende Johann Kalliauer ein gemeinsames Manifest, in dem sie vehement das gesellschaftliche Leitprinzip der Gerechtigkeit einfordern.

Mit dem "Manifest für Gerechtigkeit" haben sich heute angesichts der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise AK, ÖGB und Katholische Kirche zu Wort gemeldet. Eine Gesellschaft biete nur dann die Grundlage für ein gutes Leben für alle, wenn sie fair gestaltet sei und allen eine gerechte Teilhabe an den erwirtschafteten Gütern ermögliche, so die Unterzeichner.

Während sich immenser Reichtum an der wohlhabenden Spitze konzentrierte, seien Menschen, die trotz Arbeit in Armut leben müssen in Österreich traurige Realität, heißt es in dem Manifest. Die gravierenden sozialen und wirtschaftlichen Widersprüche der Lebens- und Arbeitswelt seien aber nicht etwa dem Versagen Einzelner zuzuschreiben, sondern einer fehlgeleiteten Wirtschaftsweise mit deren dahinterliegenden Strukturen.

"Wenn heute Steuergelder verwendet werden müssen, um Banken zu retten statt Spitäler zu erhalten, Bildung zu gewährleisten oder alte Menschen würdig bis an ihr Lebensende zu versorgen, dann ist die Schiefelage unübersehbar. Gewinne in den Taschen weniger zu häufen und Verluste von der Allgemeinheit tragen zu lassen, ist eine Vorgangsweise, die wir als Katholische Kirche nicht hinnehmen können", begründet Bischof Schwarz sein Engagement.

"Unabdingbar für AK und ÖGB ist eine gerechtere Verteilung der Steuerlast", sagt AK-Präsident Kalliauer. "Allein mit der Anhebung der Steuern auf Vermögen auf europäisches Durchschnittsniveau könnte der Staat jährlich vier Milliarden Euro Mehreinnahmen erzielen. Finanztransaktionssteuer, Besteuerung von Spekulationsgewinnen und die Abschaffung von Steuerprivilegien der Privatstiftungen sind notwendige Beiträge zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. Im Gegensatz könnten die Lohnsteuerzahler/-innen durch eine Absenkung des Eingangs-Lohnsteuersatzes entlastet werden."

Kalliauer und Schwarz fordern daher eine Politik, die den sozialen Zusammenhalt fördert und die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit - mit existenzsichernden, sinnstiftenden und würdigen Arbeitsbedingungen - sicherstellt. Notwendig dafür seien unter anderem gerechte Beiträge von Vermögen und Gewinnen zur Gemeinwohlfinanzierung, existenzsichernde Sozialleistungen sowie eine ausgewogenere Verteilung der Arbeit durch kürzere Vollzeit und weniger Überstunden. Mehr Lebensqualität in allen Regionen und neue lokale Arbeitsplätze sollen durch den bedarfsgerechten Ausbau von **Bildung, Kinderbetreuung, Pflege** und Kultur geschaffen werden. Das vollständige "Manifest für Gerechtigkeit" finden Sie unter <http://www.arbeiterkammer.com/positionen.htm>.

Rückfragehinweis:
Arbeiterkammer Oberösterreich, Kommunikation
Dr. Walter Sturm
Tel.: (0732) 6906-2192
<mailto:walter.sturm@akooe.at>
<http://www.arbeiterkammer.com>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/21/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

TOP-THEMA

ÖVP-Wissenschaftsministerin Karl in NEWS: "Ich will nicht nur abnicken". Karl zur Kritik aus der eigenen Partei an ihren Schulplänen: "In der Politik muss man Gegenwind aushalten."

Wien (OTS) - In einem Interview in der morgen erscheinenden Ausgabe des Nachrichtenmagazins NEWS äußert sich Wissenschaftsministerin Karl zur Kritik aus der eigenen Partei an ihrem Vorschlag des "Gymnasiums für alle". "In der Politik muss man Gegenwind aushalten. Man muss auch seine Meinung sagen dürfen. Ich

wäre nicht in die Politik gegangen, wenn man von mir erwartet hätte, dass ich alles abnicke und durchwinke. Wenn ich von etwas überzeugt bin, kämpfe ich."

Karl soll bis zu Herbst das Bildungspaket der ÖVP koordinieren. Dafür sei das jüngst vorgestellte Bildungspapier des ÖAAB eine Grundlage, aber auch andere Ideen etwa aus Industriellenvereinigung und Wirtschaftsbund. **Weiters will Karl mit der SPÖ ein umfassendes Bildungspaket erarbeiten, das "vom Kindergarten bis zu den Unis und zum lebensbegleitenden Lernen reicht. Da müssen beide Seiten die ideologischen Scheuklappen ablegen."**

Angesprochen auf Gerüchte in der ÖVP, wonach Karl wegen ihres konfrontativen Kurses in Schul- und Uni-Fragen eine Ablöse Kandidatin sei, meint sie: "Es ist nicht mein Ziel, die längstdienende Ministerin zu sein. Sondern ich will mich Herausforderungen stellen."

Rückfragehinweis:
 Sekretariat NEWS
 Chefredaktion
 Tel.: (01) 213 12 DW 1103

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/249/aom>

Wirtschaft und Industrie kämpfen für Gesamtschule

DiePresse.com
 Kernstück einer Bildungsreform „vom Kindergarten bis zum Altersheim“ müsse eine Gesamtschule für alle Zehn- bis 14-Jährigen sein, sagte Leitl. ...
[Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer machen Druck für Gesamtschule ...](#) Wiener Zeitung
[Alle 24 Artikel](#)

Bundeskanzler Faymann: An der Qualität der Bildung darf auch in der Krise ...

APA OTS (Pressemitteilung)
 Um Defizite auszugleichen, müsse schon in der Vorschule angesetzt werden. Auch die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen und der Ausbau der ...

**AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR
 ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN
 PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN**

PH-Online

**AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR
 ELEMENTARPÄDAGOGINNEN (OHNE PH'en)**

Übersicht

**BILDUNGSANSTALTEN FÜR
 KINDERGARTENPÄDAGOGIK**

Übersicht BAKIP's

Übersicht Aus- &
 Fortbildung an
 BAKIP's

BM:UJK / BMWF

BM:UJK-Homepage

BMWF Homepage

**BUNDESLÄNDERMELDUNGEN,
 BUNDESVERFASSUNGSREFORM**

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
 Informationsangebote

OBERÖSTERREICH

Oberösterreich: www.ooe.gv.at**Meldungen:****Klubobmann Mag. Steinkellner: Werden Bundesmittel für Kinderbetreuung ausgeschöpft?**

Utl.: Premiere im oö. Landtag - erstmals Dringliche Anfrage! =

Linz, 8. Juni 2010 (OTS) - Die FPÖ nützt als erste der oö. Landtagsfraktionen die seit Beginn dieser Legislaturperiode bestehende Möglichkeit, mit einer Dringlichen Anfrage ein aktuelles Thema im Landtag zu diskutieren.

"In den letzten Tagen hat es sehr unterschiedliche Aussagen des derzeitigen und des vorher für Kinderbetreuung zuständigen Landesrates darüber gegeben, inwieweit die vom Bund bereit gestellten Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und die Sprachförderung abgeholt wurden. Gleichzeitig höre ich die Klagen aus den Gemeinden, dass ihnen für die Umsetzung der vom Landtag beschlossenen kostenlosen Kinderbetreuung das Geld fehlt. Da müssen einmal klare Zahlen auf den Tisch - und zwar noch ehe wir mit der Reform des Kinderbetreuungsgesetzes beginnen!", erklärte FPÖ-Klubobmann Mag. Günther Steinkellner dazu.

"Ich bin froh, dass wir diese Möglichkeit der Dringlichen Anfrage durchsetzen konnten. Dadurch wird die Debatte im Landtag sicher belebt."

FPÖ-Klubobmann Steinkellner richtet diese Dringliche Anfrage an den Kindergarten-Landesrat Dr. Stockinger.

"Hauptfrage:

Haben Sie sichergestellt, dass jene Bundesmittel, die aufgrund der 15a-Vereinbarung über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots und über die Einführung der verpflichtenden frühen sprachlichen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Schaffung eines bundesweiten vorschulischen Bildungsplanes, BGBl. II Nr. 478/2008, für das Land Oberösterreich in den Jahren 2008 bis 2010 in der Gesamthöhe von EUR 10.081.500,- vorgesehen sind, zur Gänze ausgeschöpft werden?

1. Unterfrage

Werden die Bundesmittel für den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots in der Gesamthöhe von EUR 7.878.000,- zur Gänze ausgeschöpft?

2. Unterfrage

Werden die Bundesmittel für die Einführung der verpflichtenden frühen sprachlichen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen in der Gesamthöhe von EUR 2.203.500,- zur Gänze ausgeschöpft?

3. Unterfrage

Wie wurden die aufgrund der genannten 15a-Vereinbarung insgesamt ausgeschöpften Bundesmittel in den Jahren 2008, 2009 und im Jahr 2010 bis zum heutigen Tag jeweils konkret eingesetzt?

4. Unterfrage

Wie hoch war der Anteil der Bundesmittel, der im Bereich der frühen sprachlichen Förderung zur Beseitigung von Sprachdefiziten bei Kindern mit Migrationshintergrund von 2008 bis zum heutigen Tag eingesetzt wurde?"

Die Anfrage muss am kommenden Donnerstag vor 15 Uhr im Landtag aufgerufen werden. Nach der Beantwortung der Hauptfrage und der Unterfragen hat jede Fraktion fünf Minuten Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. ***

Rückfragehinweis:

FPÖ Oberösterreich Landtagsklub
Ing. Hannes Lackner
Tel. 0664 250 55 74

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4795/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

WIENWien: www.wien.gv.at**Meldungen:****VP-Riha: 8.000 Kindergartenplätze fehlen in Wien, SPÖ schweigt dazu!**

Utl.: SP-Oxonitsch muss Ausbau forcieren =

Wien (OTS) - "Wie der Beitrag der gestrigen ZIB 1 gezeigt hat, fehlen in Wien - trotz gegenteiliger Behauptungen von Stadtrat

Oxonitsch - nach wie vor an die 8.000 Kindergartenplätze. So beträgt die Kinderbetreuungsquote bei den 3-5-jährigen in Wien laut Kindertagesheimstatistik nur 86 Prozent. Wien ist damit an drittletzter Stelle im österreichweiten Vergleich und bei den Unter-Dreijährigen ist Wien mit einer Betreuungsquote von 26 Prozent noch weit davon entfernt, das Barcelona-Ziel von 33 Prozent Betreuungsquote zu erfüllen. Und was machen die Verantwortlichen der Wiener SPÖ? Sie schweigen dazu!" so heute die Wiener ÖVP Gemeinderätin Monika Riha.

"Das alles kommt nicht überraschend, die Stadt Wien verabsäumte es rechtzeitig vorausschauend Kindergartenplätze in Wien zu schaffen. Der verpflichtete Kindergarten für alle 5-jährigen ab September wurde zu spät vorbereitet und der jetzt, Gott sei Dank, begonnene Ausbau an Kindergartenplätzen wurde einfach zu spät gestartet. Zu leiden haben darunter vor allem die jüngeren Kinder, für die es keinen Platz gibt", betont Riha.

Zwtl.: SPÖ kann Versprechen nicht einhalten

Riha weiter: "Die Stadt Wien verspricht zwar allen Eltern einen Kindergartenplatz für ihr Kind, aber einhalten kann sie dieses Versprechen nicht. Es reicht eben nicht, den Gratiskindergarten für alle Kinder von 0-6 Jahren anzukündigen, wenn tausende Kinder auf Grund von Platzmangel überhaupt keine Möglichkeit haben, einen Kindergarten zu besuchen. Auch die dringend benötigten Kindergartenpädagogen/innen werden in Wien in Herbst nicht ausreichend vorhanden sein. Es fehlen in Wien trotz des derzeit stattfindenden Ausbaus nach wie vor dringend benötigte Kindergartenplätze und es fehlen vor allem auch die dafür notwendigen gut ausgebildeten Kindergartenpädagogen/innen."

"Jedes Kind in Wien sollte das Recht auf einen Kindergartenplatz haben und wenn SP-Stadtrat Oxonitsch, wie immer wieder betont wird, jedem Kind seinen Kindergartenplatz garantieren kann, dann könnte er doch problemlos den von der ÖVP Wien geforderten Rechtsanspruch zustimmen. Getan hat er es bisher jedoch nicht", macht Riha aufmerksam.

Und Riha abschließend: "Jedes Wiener Kind, das einen Betreuungsplatz braucht und ihn nicht bekommt, ist eines zuviel. Von diesem Grundsatz müssen wir ausgehen. Ein Betreuungsplatz ist das gute Recht eines jeden Kindes! Und vorschulische Bildung ist der wichtigste Meilenstein in der Bildungsbiografie eines jeden Menschen."

Rückfragehinweis:

ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien
Tel.: Tel.: (+43-1) 4000 / 81 913
<mailto:presse.klub@oevp-wien.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/10164/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Brauner präsentiert Rechnungsabschluss 2009

Utl.: Konjunkturlokomotive Wien sichert zehntausende Arbeitsplätze - Rekordinvestitionen der Stadt - Brauner: "Arbeit, Aufträge, Ausbildung" =

Wien (OTS) - "Der Rechnungsabschluss 2009 zeigt deutlich: Wien hat mit seinen Konjunkturpaketen zehntausende Arbeitsplätze in Wien abgesichert, die Wirtschaft nachhaltig gestützt und für Sicherheit und Vertrauen gesorgt. Und wir haben in dieser äußerst schwierigen Phase die Grundlagen für neues Wachstum gelegt - das ist das übergeordnete Kernziel der Wiener Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wachstum bringt Aufträge, sichert Arbeitsplätze und stärkt unsere Sozialsysteme - Sparen am falschen Fleck bringt das Gegenteil und sicher kein Wachstum", so Vizebürgermeisterin Finanz- und Wirtschaftsstadträtin Mag.a Renate Brauner im Rahmen des Mediengesprächs des Bürgermeisters heute Dienstag. "Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist es Wien gelungen, mit den zusätzlichen Konjunkturmitteln der Krise zu trotzen und die Schienen in die Zukunft zu legen: Mit den Ausbildungsinitiativen für Wiens Jugendliche, mit der Ankurbelung des Wohnbaus durch die Wohnbauanleihe, mit mehr Mitteln für Forschung und Entwicklung über die nächsten Jahre oder der Einführung des Gratis-Kindergarten", unterstrich Brauner.

1,591 Mrd. Euro für Bildung und Kinderbetreuung

Wien hat sich 2009 ganz bewusst für eine stärkere Dotierung der Bereiche Bildung und im Zuge der Einführung des Gratis-Kindergartens insbesondere der Kinderbetreuung entschieden. "Der Gratis-Kindergarten eröffnet den Eltern in Wien neue Möglichkeiten, er entlastet den Mittelstand ganz erheblich und er bringt vor allem den Kindern bessere Zukunftschancen. Wir wissen, dass diese Ausgaben einerseits die Zukunftschancen unserer Kinder verbessern.

Gleichzeitig lösen etwa die Zusatzmittel für den Gratis-Kindergarten mehr Beschäftigung aus und stützen nachhaltig den Konsum, der für die Konjunktorentwicklung entscheidend ist", so Brauner. Der Gratis-Kindergarten als zentrale Unterstützungsmaßnahme für den Mittelstand sei daher gerade aus finanz- und wirtschaftspolitischer Sicht ein wichtiges Element im Bemühen um neue Wachstumsimpulse.

Rückfragehinweis:

Mag. Wolfgang Hassler
 Mediensprecher Vizebürgermeisterin Mag.a Renate Brauner
 Tel. 01/4000-81845
 E-Mail: wolfgang.hassler@wien.gv.at

Mag.a Cécile Kochwalter
 Mediensprecherin Vizebürgermeisterin Mag.a Renate Brauner
 Tel. 01/4000-81219
 E-Mail: cecile.kochwalter@wien.gv.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/174/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

ELEMENTARPÄDAGOGIK

Förderungsmöglichkeiten

Zukunftsfähigkeit im Kindergarten vermitteln: Kinder stärken, nachhaltige Entwicklung fördern

→ http://www.bne-portal.de/coremedia/generator/unesco/de/Downloads/Dekade_Publikationen_national/Zukunftsf_C3_A4higkeit_20im_20Kindergarten_2

Kinder brauchen Männer

iPoint - Online-Zeitung der Universität Innsbruck (Pressemitteilung) -
 Denn Expertinnen und Experten seien sich einig, so der Erziehungswissenschaftler, dass die Präsenz von Männern in der Elementarpädagogik wichtig sei. ...

Beispiele für gute Praxis in der frühkindlichen Bildung zur nachhaltigen Entwicklung gesucht

Die UNESCO will gute Praxisbeispiele aus der frühkindlichen Bildung zur nachhaltigen Entwicklung zusammenstellen. Auch Schweizer Projekte sind willkommen: Wer solche Projekte durchführt, ist herzlich eingeladen, einen kurzen Fragebogen auszufüllen und bis zum 30. Juni 2010 einzureichen. Mehr Informationen [hier](#).

MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION

Österreichs Schüler mit lauen Leistungen

ORF.at
 Das ist das Fazit des Bildungsinstitut BIFIE aus der TIMSS-Studie für die 4. ... Migrantenkinder hemmen aber laut BIFIE die Gesamtleistungen der Klassen ...

Volksschule: Standort entscheidet über Zukunft

DiePresse.com
 Dies zeigen Daten des BIFIE (Bundesinstitut für Bildungsforschung) im Expertenbericht zur TIMSS-Studie, die in 36 Ländern Leistungen der Volksschüler misst. ...

Studie: Hoher Migrantenanteil hemmt Leistung nicht

relevant
 (Juni) vom Bundesinstitut für Bildungsforschung (BIFIE) präsentierte österreichische Expertenbericht zur internationalen Volksschul-Bildungsvergleichsstudie ...

APA-OTS News: TIMSS - Schülerleistungen in der Volksschule ...

"Nationale Expertenbericht zu TIMSS 2007" Wegbeschreibung: <http://www.bifie.at/bifie-standort-wien> Datum: 9.6.2010, um 19:00 Uhr Ort: BIFIE Wien Rund Vier B ...
www.interpaedagogica.at/en/apa_show.html?ap=ip.OTS0086...

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht

Inskription

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

Kindgemäße Pädagogik -
Veranstaltungen und Events

WIR gemeinsam im Kindergarten»

Donnerstag, der 10. Juni 2010, ab 17:30 Uhr
ORF Landesstudio OÖ, Publikumsstudio

Das Kindergartenjahr 2009/2010 ist das erste, bei dem ein ratskindergarten realisiert und ein verpflichtendes letztes Jahr eingeführt wurden. Das bedeutet, dass ein höherer Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund einen gemeinsamen Kindergarten besucht hat, als je zuvor. Eine Herausforderung nicht nur für die Kinder, sondern auch die Eltern und die PädagogInnen.

Diese Veranstaltung ist Teil der Veranstaltungsreihe der Markierungen 2010: Lebenswelten. Eintritt frei!

Siehe auch pdf-Beilage „Einladung Markierungen...“

Kontakt: Markierungen - Gespräche zur kulturellen Vielfalt

markierungen@landesmuseum.at

Tel: 0650-2243828

www.markierungen.at

Online müsste man es ab 20 Uhr hier hören können: <http://oe.orf.at/magazin/studio/streaming/stories/43364/>

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen

Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns - danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.